

SP-Präsident Christian Levrat

1. Seit 2011/2012 sind gegen Syrien drakonische Sanktionen in Kraft, die nicht von der UNO legitimiert sind. Der Bundesrat lehnt nicht nur eine Anpassung seiner Sanktionspolitik, sondern auch eine genaue Überprüfung der Auswirkungen auf die syrische Zivilbevölkerung ab. Dabei gibt es zahlreiche Berichte – jüngst von UNO-Sonderberichterstatter Idriss Jazairy –, die überzeugend darlegen, dass die Sanktionen das Leben der Syrerinnen und Syrer massiv beeinträchtigen und zur Emigration beitragen. Wie ist Ihre Haltung zu den Sanktionen gegen Syrien und zur Position des Bundesrats?

Die SP unterstützt im Grundsatz die sehr gezielten Sanktionen, welche die EU und die Schweiz gegen die syrischen Verantwortlichen für die furchtbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhängt haben. Im Unterschied zu jenen der USA handelt es sich bei jenen der EU und der Schweiz keineswegs um „drakonische“ Sanktionen. Vielmehr werden allein eindeutig identifizierte Kriegsverbrecher sanktioniert, die aus moralischen und friedenspolitischen Gründen unter keinen Umständen straffrei bleiben dürfen. Ferner betreffen die Sanktionen Massnahmen, die weitere Waffenlieferungen an die syrischen Kriegsverbrecher verhindern sollen.

Diese sehr gezielten Sanktionen der EU und der Schweiz werden nicht deshalb falsch, weil sich Russland im UNO Sicherheitsrat konsequent schützend vor die syrischen Kriegsverbrecher stellt und deshalb keine formelle UNO-Legitimation haben. Russland blockiert UNO-Sanktionen selbst dann mit seinem Veto, wenn das Regime von Bashar al-Assad Spitäler, Gesundheitszentren, Schulen und andere zivile Einrichtungen bombardiert.

Im von CSI erwähnten jüngsten Bericht des UNO-Sonderberichterstatters Idriss Jazairy geht es vorab um die einseitigen Massnahmen der USA gegen Syrien und den Iran, nachdem US-Präsident Trump aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen ist. Diese US-Sanktionen führten zu einer grossen Zurückhaltung von Banken und Unternehmen, noch mit dem Iran und dem mit den iranischen Ayatollahs verbündeten syrischen Regime Geschäfte zu betreiben. Diese Zurückhaltung wird durch die umfassenden UNO-Sanktionen gegen Terrororganisationen wie den Islamischen Staat und Al-Kaida noch verstärkt, denen sich die Schweiz ebenfalls angeschlossen hat. Folge ist eine äusserst grosse Vorsicht der Privatwirtschaft, in diesem Raum noch aktiv zu bleiben, was – wie Jazairy zeigt – negative humanitäre Folgen haben kann.

Die SP hat deshalb den Bundesrat mehrfach aufgefordert, alles daran zu setzen, dass trotz diesen Schwierigkeiten die humanitären Hilfeleistungen unterschiedslos an die gesamte notleidende syrische Bevölkerung gelangen kann. So ersuchte SP-Nationalrat Martin Naef den Bundesrat, Lösungen für das Problem zu suchen, dass sich Banken oft weigern, in Syrien tätigen Hilfswerken Geld zu überweisen – dies aus Furcht, deswegen als „Finanzierer des Terrorismus“ in Schwierigkeiten zu geraten. SP-Nationalrat Mathias Reynard forderte den Bundesrat zudem auf, zu überprüfen, ob die mit der Verordnung über Massnahmen gegen Syrien ergriffenen Sanktionen „gezielt die tatsächlich verantwortlichen Personen treffen und ob die Zivilbevölkerung vor negativen Folgen von Sanktionsmassnahmen geschützt sind“.

Der Bundesrat erklärte diese Forderungen als weitgehend erfüllt: Er habe umfassende Vorkehrungen getroffen, damit die humanitäre Hilfe trotz aller Schwierigkeiten die Bedürftigen erreiche. Zudem sei es immer schwierig, sämtliche Kriegsverbrecher zu sanktionieren; namentlich jene aus Russland und anderen Drittstaaten seien bisher straffrei ausgegangen. Für die SP bleibt aber entscheidend, dass das Leben der Syrerinnen und Syrer nicht vorab durch die gezielten Sanktionen gegen die syrischen Kriegsverbrecher beeinträchtigt wird, sondern durch die Brutalität der Kriegsführung von Bashar al-Assad, seinem Regime und seinen russischen und iranischen Verbündeten gegen das eigene Volk, sowie aufgrund der Unterstützung, welche die reaktionären Golfmonarchien und die Türkei den sunnitischen Extremisten in Syrien gewähren. Diese Kriegsverbrecher haben Syrien zerstört und weigern sich, in den zurückeroberten Gebieten den Wiederaufbau zu finanzieren.

2. Was tut Ihre Partei für die Syrerinnen und Syrer, insbesondere in Syrien selbst?

Die Syrienpolitik der SP hat vier Pfeiler: Sofortige Waffenruhe und Einleitung einer politischen Friedenslösung unter Einbezug aller Parteien; Kampf der Straffreiheit durch konsequente Dokumentierung aller Kriegsverbrechen; Ausweitung der humanitären Hilfe und Öffnung zusätzlicher Kanäle, damit alle Bedürftigen mit dieser Hilfe tatsächlich erreicht werden; Stopp sämtlicher Waffenlieferungen an alle Kriegsparteien, die in Syrien aktiv sind. An diesen vier Pfeilern muss auch nach dem sich heute abzeichnenden Sieg der syrischen, iranischen und russischen Kriegsverbrecher festgehalten werden. Es gibt keinen dauerhaften Frieden ohne Gerechtigkeit und eine föderale Ordnung, die eine Machtteilung in den vielfältigen Regionen Syriens ermöglicht.